

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität vom 21.02.2024

Öffentlicher Teil

TOP .. Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025

0027/2024
Entscheidung
geändert beschlossen

Herr Borchert erinnert an seine die Kennzahlen des Haushaltsplanentwurfs betreffende Nachfrage in der letzten Sitzung. Man habe ihn auf die unveränderten Kennzahlen aus dem letzten Doppelhaushalt verwiesen. Im Bereich Umwelt und angrenzender Bereiche sei dort allerdings keine Kennzahl ausgewiesen worden. Er möchte wissen, warum keine Kennzahlen verwendet würden. Zudem fragt er nach, ob dies in Zukunft geändert werde.

Herr Neuhäuser erklärt, man habe im Haushalt nicht flächendeckend Kennzahlen etabliert, sondern zunächst an den Stellen mit Steuerungsrelevanz. Die Bildung von Kennzahlen und Zielen über alle Produkte führe zu einem „Datenfriedhof“. Der Wunsch der Verwaltung, den Kennzahlenkatalog auszuweiten, sei allerdings deutlich geworden. In einem schrittweise durchzuführenden Prozess werde man weitere Schwerpunkte setzen. In der laufenden Haushaltsplanung habe man die Thematik aufgrund der personal- und ressourcenintensiven Umstellung des SAP-Systems nicht priorisiert.

Herr König verweist auf Maßnahme 5000084 des Haushaltsplanentwurfs und die zugehörige Thematik der Verkehrszeichen bzw. Signalsteuerung. Er frage sich, nach welcher Ziel- und Schwerpunktsetzung gearbeitet werde. Die Politik wolle regelmäßig Signalanlagen zur Beschleunigung des Busverkehrs umstellen, die Priorisierung noch offener Projekte der Verwaltung verhindere dies allerdings. Da kein Vertreter der Verkehrsabteilung anwesend sei, plädiere er dafür, die Frage in der nächsten Sitzung beantworten zu lassen. Ferner möchte er wissen, ob die hinsichtlich der Stellplatzablöse angesetzten „Auszahlungen Baumaßnahmen“ (S. 66) Einnahmen oder Ausgaben darstellten. Bezuglich der Maßnahmen „Brücke Badstraße“ (5000396) sowie „Fuhrparkbrücke“ (5000397) fragt er nach dem fehlenden Ansatz in den kommenden Jahren und der Finanzierung.

Herr Neuhäuser erinnert an seine Aussage der letzten UKM-Sitzung, dass der Ansatz von 625.000 € aus dem Jahre 2023 nicht vollständig ausgeschöpft worden sei. Der verbleibende Betrag von 125.000 € werde mittels Ermächtigungsübertragung für die folgenden Jahre zur Verfügung gestellt. Man habe bilanztechnisch Verbindlichkeiten hinsichtlich der Stellplatzablöse, da man die Mittel lediglich dafür verwenden dürfe.

Herr Bihs führt aus, er könne nicht genau sagen, wann die Fuhrparkbrücke sowie die Badstraße saniert würden. Hinsichtlich der Fuhrparkbrücke seien seitens der Stadtverwaltung erhebliche Gespräche und Abstimmungen mit der Deutschen Bahn erforderlich. Daher seien in den nächsten Jahren keine Investitionen und Ausgaben zu erwarten. Nach 2028 fange der WBH mit der Umsetzung der Planungen an. Ähnlich sei der Sachstand bei der Brücke an der Badstraße. Diese sei bei den Prüfungen nicht durchgefallen, aller-

dings durch Bauschäden auffällig geworden. Es müsse vor der Planung und Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen zunächst auf die Entscheidung über ein ÖPNV-Konzept der Stadt gewartet werden. Für den Zeitraum dieser Planungen sei die Brücke noch für die reguläre Nutzung geeignet, müsse anschließend aber definitiv saniert werden.

Herr König merkt an, die Verwaltung müsse untereinander besser kommunizieren. Das Gutachten zum ÖPNV werde es nicht geben, daher müsse man nicht mit der Sanierung warten. Hinsichtlich der Fuhrparkbrücke wundere er sich, dass der Neubau der Fuhrparkbrücke entgegen entsprechender Vorlagen nicht bis 2028 notwendig sei, sondern erst danach umgesetzt werde.

Herr Neuhäuser erwidert, dass die Fachverwaltung sich dazu äußern müsse.

Herr König möchte wissen, wie lange die Sanierung der Fahrbahn an der Haltestelle „Volme Galerie/Stadtmitte“ (Maßnahme 5000578) dauere und wie der aus seiner Sicht hohe Ansatz von 2.700.000 € zustande komme.

Herr Bihs weist darauf hin, dass nicht die Bushaltestellen an sich, sondern die Fahrbahn sanierungsbedürftig sei. Die Fahrbahndecke habe enorm gelitten und sei vom Kreisverkehr bis zur Ampelanlage zu erneuern. Diese Arbeiten kosteten laut Schätzungen 2.700.000 €. Die Durchführung dauere keine vier Jahre, man müsse allerdings abwarten, wann die Mittel zur Verfügung stünden. Die Taktung der Maßnahme auf vier Jahre erfolge, um sinnvolle Bauabschnitte bilden zu können.

Herr König verweist auf Maßnahme 5000585 („Untere Fleyer Str.“), in Folge derer der Straßenabschnitt für PKW gesperrt werde. Es gebe einen Radweg von der Ruhrstraße bis in die Innenstadt. Der geplante Radweg auf der Straße führe unausweichlich dazu, dass die Fahrspur vom Landgericht ausgehend stadteinwärts gesperrt werden müsse. Dies mache ein Gesamtkonzept notwendig, welches nicht vorliege. Die im Haushaltssplan eingestellten Mittel in Höhe von 110.000 € seien daher zu streichen. Anschließend trägt er einen dahingehenden Sachantrag vor.

Herr Ludwig lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Herr König merkt bezüglich Maßnahme 5000788 („Ausbau Radweg Baukey“) an, die geplante Ersetzung der wassergebundenen mit einer asphaltierten Fahrbahndecke sei unnötig. Er erkenne an, dass der Weg dringend sanierungsbedürftig sei, allerdings solle man weiter auf eine wassergebundene Decke setzen.

Frau Heuer fragt nach, ob es bisher überhaupt eine wassergebundene Decke gebe. Zudem möchte sie wissen, ob die Planung eine durchgehend asphaltierte Verbindung der Straße am Baukey vom Wasserschloss Werdringen bis zur Kläranlage vorsehe, oder lediglich ein Teilstück bis zum Campingplatz bzw. Jagdclub.

Herr Bihs erklärt, die Asphaltbauweise sei in der Unterhaltung wesentlich günstiger als die Bewirtschaftung einer wassergebundenen Decke und daher zu präferieren.

Frau Heuer führt aus, sie wolle auf die Antwort der Fachverwaltung warten, bevor es zu einer Abstimmung komme.

Herr König stimmt zu, den Ansatz im Haushalt zu belassen und die Thematik bei erfolgter Stellungnahme der Fachverwaltung erneut aufzugreifen.

Herr König trägt einen die Maßnahme 5000801 („ÖPNV (LSA)“) betreffenden Sachantrag vor.

Herr Neuhäuser macht deutlich, die Fachfragen müssten an die Fachabteilungen der Verwaltung gestellt werden. Die Kämmerei könne nur grundsätzliche Fragen der Haushaltsystematik beantworten.

Herr Ludwig lässt über den Sachantrag abstimmen.

Herr König weist auf die Anfrage der letzten Sitzung bezüglich der Auswirkungen der Einsparungen bei Grünschnitt- und Straßenbaumaßnahmen hin. Der WBH sei eingeladen worden und könne nun Antworten geben.

Herr Bihs führt aus, der WBH habe im Sommer letzten Jahres den Mittelbedarf gegenüber der Kämmerei angemeldet. Dieser Bedarf habe unter der Summe gelegen, welche für 2023 angemeldet worden sei. Dennoch sei seitens der Stadtverwaltung eine Vorgabe ausgegeben worden, weitere fünf Prozent einzusparen. Dieser Anteil liege bei 1.200.000 € über alle betrauten Leistungen des WBH. Für den Bereich Grün habe man im Wirtschaftsplan trotz der Einsparungen ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen. Man werde im wesentlichen Verkehrssicherungsmaßnahmen durchführen. Hinsichtlich der Pflegedurchgänge werde man sowohl intern als auch extern eine Einsparung von zehn Prozent vornehmen. Bei den freiwilligen Hilfestellungen wie Reinigungsaktionen Dritter könne man sich im Jahre 2024 nicht beteiligen. Zudem werde man Reparaturarbeiten an vorhandenen Bauwerken, Zäunen und Wegen lediglich im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht durchführen. Maßnahmen aus bspw. gestalterischen Gründen würden hingegen nicht durchgeführt. Diese Einschränkungen seien verkraftbar undstellten ohnehin nur einen kleinen Umfang dar. Man setze sich bei Pflegemaßnahmen ein Limit, nach welchem die Standards nicht so verschlechtert werden dürften, dass die Wiederherstellung des Standards in den Folgejahren zu deutlich höheren Aufwendungen führe.

Herr König entgegnet, die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung stehe im Widerspruch zu den Ausführungen seitens Herrn Bihs'. Er möchte wissen, ob die Leistungseinschränkungen zuträfen oder nicht.

Herr Bihs erklärt, die Antwort der Verwaltung habe seine Richtigkeit. Es habe im Bereich Grün einen geringeren Aufwand gegeben als geplant. Dies sei in die erste Runde der Haushaltsplanberatungen des WBH eingeflossen. Das nachfolgend erfolgte Signal der Kämmerei, weitere fünf Prozent einzusparen, erreiche man durch die dargestellten marginalen Anpassungen bei den Pflegemaßnahmen.

Frau Heuer kritisiert, es gebe verschiedene Aussagen zu den Auswirkungen der Einsparungen. Herr Gerbersmann habe prognostiziert, dass keine Auswirkungen zu befürchten seien, Herr Keune hingegeben habe im SBW deutlich sichtbare Folgen der reduzierten

Pflegemaßnahmen skizziert. Sie beschreibt die aktuellen Verhältnisse auf den öffentlichen Rad- und Gehwegen und betont, der Pflegestandard sei bereits jetzt zu niedrig. Sie möchte wissen, ob die auslaufende Unterstützung bei Reinigungsaktionen Dritter bedeute, dass Freiwillige keine Mülltüten und kostenlose Entsorgung mehr in Anspruch nehmen könnten.

Herr Bihs erklärt, die Müllentsorgung betreffe den HEB. Der WBH habe in der Vergangenheit bspw. in den Bereichen Forst und Fischerei Hilfestellungen gegeben, welche man nun einstelle. Diese Maßnahmen seien allerdings zuletzt ohnehin zurückgegangen. Zur Thematik des Bewuchses von Wegen merkt er an, dass die Freischneidearbeiten durchgeführt würden, witterungsbedingt allerdings nicht immer zeitlich leistbar seien. Ferner sei man nicht überall dort, wo Sträucher wachsen, zuständig. Man müsse die Eigentumsverhältnisse sowie die Anliegerverpflichtungen beachten, welche in einer entsprechenden Satzung ersichtlich seien. Der Verkehrssicherungspflicht müsse das Ordnungsamt an diesen Stellen nachkommen.

Herr König verweist darauf, dass der WBH bei Gehwegen an städtischen Grünanlagen zuständig sei und die Verhältnisse z.B. an der Fleyer Straße zu kritisieren seien. Er möchte wissen, ob der Haushaltsansatz, welcher dem Gremium als Beratungsvorlage vorliege, bereits im beschlossenen Wirtschaftsplan des WBH verarbeitet worden sei.

Herr Bihs erläutert, dass der WBH im Rahmen der Betrauung durch die Stadt Hagen Aufgaben gegen die Leistung von Ausgleichszahlungen übernehme. Diese Zahlungen würden in periodischen Abständen mit den tatsächlich erbrachten Leistungen abgeglichen. Es dürfe keine Überzahlung entstehen, eine Unterdeckung solle die Stadt ausgleichen. Man habe alle zur Sicherung der Verkehrssicherungspflicht erforderlichen Mittel in den Wirtschaftsplan eingebracht. Dieser sei vom Verwaltungsvorstand verabschiedet worden. Dadurch, dass der Rat der Stadt Hagen nicht von seinem Weisungsrecht Gebrauch gemacht habe, sei der Plan rechtskräftig geworden.

Frau Heuer fragt nach, ob man die Konsolidierungsmaßnahme aufgrund des beschlossenen Wirtschaftsplans des WBH nicht mehr aus dem Haushaltsplan nehmen könne.

Herr Bihs entgegnet, dass der WBH im Falle eines Mehrbedarfs an Mitteln eine Nachzahlung beantragen würde, über welche die Politik zu entscheiden habe. Die Notwendigkeit dazu sehe er allerdings derzeit nicht.

Herr Ludwig führt zum weiteren Vorgehen aus, dass er die Konsolidierungsmaßnahmen einzeln aufrufen, Wortbeiträge zulassen und in die Abstimmung geben werde.

Herr Klepper merkt bezüglich Maßnahme 24_VB2.003 an, dass die Zuständigkeit des UKM zweifelhaft sei. Da der Punkt in der Vorlage aufgeführt werde, könne man jedoch eine Abstimmung durchführen. Ein entsprechender Sachantrag der CDU werde im HFA gestellt.

Herr König stimmt zu, dass der UKM sich aus der finanziellen Thematik heraushalten solle.

Herr Ludwig teilt nach Rücksprache mit Herrn Dr. Erpenbach mit, dass er nicht über die Maßnahme abstimmen lassen könne.

Herr König fasst bezüglich Maßnahme 24_VB2.004 zusammen, dass die Reduzierung der städtischen Bezuschussung durch die erhöhte Dividende seitens ENERVIE ausgeglichen werde. Da der ÖPNV dadurch nicht beeinträchtigt werde, habe man keinen Grund zur Diskussion.

Herr König führt bezugnehmend auf Maßnahme 24_69.003 aus, ein Verzicht auf Ersatzvornahmen bei Abfallverstößen sei nicht sinnvoll.

Herr Neuhäuser erinnert an die Stellungnahme der Fachverwaltung, nach der der Ansatz im Haushalt lediglich den laufenden Ist-Ausgaben angepasst worden sei. Im Falle eines höheren Bedarfs bei konkret notwendigen Ersatzvornahmen müsse eine Mittelbereitstellung innerhalb der unterjährigen Bewirtschaftung erfolgen.

Herr Kahrau erläutert den im Vorfeld der Sitzung eingebrachten Sachantrag bezüglich der HSK-Maßnahme 24_69.006.

Herr König möchte von Herrn Köhler wissen, welche Bedeutung und konkrete Auswirkungen die Konsolidierungsmaßnahme habe.

Herr Köhler führt aus, die Maßnahme stehe vor dem Hintergrund der Personalnot in der zuständigen Abteilung. Herr Wittkowski, der den Umwelntag sowie einen Großteil der Öffentlichkeitsarbeit federführend begleitet habe, müsse sich in Zukunft vorrangig mit der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Hagen befassen. Man habe interne Personalanforderungen formuliert, denen nicht nachgekommen worden sei. Im Rahmen der internen Prioritätensetzung habe man auf die Fortführung der Veranstaltung schweren Herzens verzichten müssen. Er schließe sich den Ausführungen von Herrn Kahrau an und bekräftigt, der Umwelntag sei aus Sicht des Umweltamts eine sehr wichtige Veranstaltung und ein Höhepunkt innerhalb des Jahres. Dennochstellten die Durchführung der Veranstaltung sowie die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie freiwillige Aufgaben dar. Die kommunale Wärmeplanung sei hingegen verpflichtend. Die Personalnot habe sich durch die erfolglose Nachbesetzung der Stelle des Verkehrsplaners sowie die kürzlich erfolgte Kündigung der Klimaschutzmanagerin zudem verschärft. Diese Kündigung sei nicht unerwartbar gewesen. Frau Schulte habe das Wasserstoffprojekt begleitet, was nicht der Kernaufgabe der Stelle als Klimaschutzmanagerin entspreche. Darauf habe sie mehrfach hingewiesen. Er bedauere die Kündigung, da Frau Schulte eine sehr engagierte Mitarbeiterin sei, die eine Vielzahl an Aufgaben zu bewältigen habe.

Herr Borchert erinnert an die Ausführungen, dass die Personalnot die Abteilungen bereits akut treffe. Er möchte wissen, ob die nicht bedienten Personalanforderungen zu den bereits geplanten Personalkosteneinsparungen hinzukämen oder eine Verrechnung bzw. ein Verzicht auf einzelne Wiederbesetzungssperren möglich sei.

Herr Voigt äußert sein Erstaunen über die Kündigung. Man habe im Ausschuss regelmäßig thematisiert, dass sich die Klimaschutzmanagerin um das Wasserstoffprojekt kümmere. Die Ergebnisse der Untersuchung seien vom Volumenpotenzial des Wasserstoffs

ernüchternd gewesen. Er habe sich gewünscht, dass die Klimaschutzmanagerin sich mit anderen Aufgaben hätte beschäftigen können und bedauere den Abgang. Dem Sachantrag könne man seitens der CDU nicht zustimmen.

Frau Heuer merkt an, dass die Streichung der Mittel eine langfristige, auf vier Jahre ausgelegte Entscheidung darstelle. Man müsse sich die Option offenhalten, falls in Zukunft Mitarbeiter zur Verfügung stünden.

Herr König führt aus, es reiche nicht aus, den Ansatz für den Umwelttag und die Nachhaltigkeitsstrategie im Haushalt zu belassen. Vielmehr müsse man sich in der nächsten Sitzung mit der Situation im Umweltamt beschäftigen. Die Verwaltung müsse die Prioritätenabwicklung darlegen. Es solle dargestellt werden, welche Anforderungen und Probleme im Umweltamt derzeit herrschten, auch in Bezug auf die verschiedenen Projekte, die von der Politik beschlossen worden seien. Daraus könne man dann entsprechende Konsequenzen ziehen. Die Situation sei bereits beim vorherigen Amtsleiter deutlich geworden, habe sich offenbar jedoch noch verschärft.

Er verweist darauf, dass der Planungshorizont für die nächsten acht Jahre abgesteckt sei, der Rat aber jederzeit durch Streichung anderer Mittel gegensteuern könne.

Herr Kahrau plädiert dafür zu beschließen, dass die Verwaltung proaktiv auf die Politik zukommen solle, wenn die personellen Ressourcen zur Etablierung des Umweltags sowie der Nachhaltigkeitsstrategie wieder vorhanden seien. Dann könne man gemeinsam eine Regelung zur Finanzierung finden.

Herr Klepper befürwortet den Vorschlag Herrn Königs. Das Umweltamt stelle einen wichtigen Teil der Verwaltung dar, insbesondere vor dem Hintergrund des dominierenden Themas Klimawandel. Dementsprechend müsse man die Behörde ausstatten. Die Versorgung der heimischen Industrie mit Wasserstoff als die Energiequelle der Zukunft stelle einen zentralen Faktor der Wirtschaftsentwicklung dar. Diese Entwicklung dürfe man nicht verpassen, die Prioritäten müssten dahingehend gesetzt werden. Eine Darstellung der Situation seitens des Umweltamtes sei eine gute Möglichkeit, innerhalb der Fraktionen noch einmal zu beraten und nachzusteuern.

Herr Köhler ergänzt, die Umsetzung der Konzepte erfolge in verschiedenen Fachämtern, häufig sei das Baudezernat involviert (z.B. beim Radverkehrskonzept). Insbesondere bei der thematisierten Nachhaltigkeitsstrategie erfolge nur ein Bruchteil der zahlreichen Maßnahmen bei der Umweltverwaltung. Man müsse den Blick aufs große Ganze werfen.

Herr Borchert erinnert an seine Rückfragen hinsichtlich der Wiederbesetzungsperren.

Herr Dr. Erpenbach erklärt, es handele sich um zwei unterschiedliche Personalmaßnahmen. Bei den vorhandenen Stellen schaue man im Zuge der Wiederbesetzung, ob und wie lange eine Wiederbesetzungsperre erfolgen könne, um Kosten zu sparen. Bei zusätzlichem Bedarf, wenn der vorhandene Mitarbeiter neue Aufgaben bekomme - wie es hier der Fall gewesen sei - erfolge eine zu begründende Anmeldung. Diese werde vom Fachbereich Personal und Organisation bewertet und komme dann in den Verwaltungsvorstand, welcher den zusätzlichen Bedarf abwäge. Im Falle von freiwilligen Leistungen werde dieser aktuell nicht anerkannt.

Herr Borchert resümiert, in Folge zusätzlicher Aufgaben würden die bisherigen als zusätzlicher Bedarf behandelt. Er fragt nach, ob nicht vielmehr eine Abstimmung über die zusätzlichen Aufgaben als neuer Stellenbedarf erfolgen müsse.

Herr Dr. Erpenbach erwidert, man habe eine neue Pflichtaufgabe in Form der kommunalen Wärmeplanung hinzubekommen. Dann habe man überprüft, wer diese Aufgabe übernehmen könne und jemanden gefunden. Die bisherigen Aufgaben des Mitarbeiters seien zum Großteil auch freiwillige Leistungen gewesen. Nun habe man entscheiden müssen, ob man diese Leistungen weiterhin bedienen wolle.

Herr Köhler und Herr Dr. Erpenbach hätten sich dazu bekannt, dies zu tun und eine Anmeldung von Personalmehrbedarf auf den Weg gebracht. Aufgrund der Konsolidierungsvorgabe in Zusammenhang mit der Freiwilligkeit der Leistungen sei dieser abgelehnt worden.

Frau Heuer äußert bezüglich Maßnahme 24_60.004 den Wunsch, die Entscheidung zu schieben. Man habe in der Thematik noch Rückfragen im SBW, welche im UKM aufgrund fehlender Vertreter der Fachverwaltung nicht beantwortet werden könnten.

Herr Neuhäuser erklärt, man müsse den Haushaltsplan in der heutigen Sitzung beschließen und könne die Entscheidung nicht schieben. Es gebe die Möglichkeit, Fragen zur Sitzung des HFA einzureichen.

Frau Knüppel erläutert den Maßnahme 24_60.005 betreffenden, zur Sitzung eingereichten, Sachantrag.

Herr König merkt an, die Zuständigkeit liege beim Kultur- und Weiterbildungsausschuss.

Frau Heuer fragt nach, ob die Annahme, dass die Platten entfernt werden müssten, sollten sie nicht saniert werden, zutreffe. Ihrer Kenntnis nach könnten sie auch ohne Sanierung bleiben.

Frau Nabert-Mumm erinnert an Informationen in verschiedenen Gremien, nach denen die Entfernung und Einlagerung teurer als die Sanierung sei.

Herr Bihs führt aus, man habe die Verkehrssicherheit bislang mit Hilfe von Klebestreifen sichergestellt. Dies könne man zunächst weiterführen, wenngleich eine Beschichtung die längerfristige Lösung des Problems sei.

Herr Ludwig schlägt vor, aufgrund der Zuständigkeit des Kultur- und Weiterbildungsausschusses nicht über die Konsolidierungsmaßnahme abstimmen zu lassen.

Herr Voigt entgegnet, man könne über die Maßnahme abstimmen, da sie dem UKM durch die Verwaltung vorgelegt worden sei. Der KWA sei thematisch dennoch näher an der Thematik.

Herr Ludwig lässt über die Maßnahme abstimmen.

Frau Heuer merkt bezüglich Maßnahme 24_60.006 und der vorherigen Ausführungen seitens Herrn Bihs' an, dass zumindest die zehnprozentige Reduzierung der Pflegeintervalle zu kritisieren seien.

Herr König greift die Erklärung von Herrn Bihs auf und verweist auf die Rolle des Verwaltungsrats des WBH. Nicht zur Genüge ausgeführte Maßnahmen müssten durch das Gremium beschlossen und die Finanzierung dann geklärt werden.

Herr Bihs stimmt den Ausführungen von Herrn König zu.

Herr Borchert erinnert daran, dass der Wirtschaftsplan des WBH bereits feststehe. Eine Kürzung der Mittel sei „Augenwischerei“, da eine spätere Erhöhung in dem Bereich seitens des WBH wahrscheinlich sei.

Herr Kahrau erläutert den bezüglich Maßnahme 24_60.007 eingereichten Sachantrag.

Herr König erkennt den Antrag als sinnvoll, allerdings unrealistisch an. Die Verkehrswende werde in Hagen in der Praxis nur wenig vorangetrieben. Beispielhaft führt er die 2021 beschlossene Vorrangschaltung des ÖPNV, fehlende Werbung für den Busverkehr und Anschaffung von benzinbetriebenen Dienstfahrzeugen an. Die Einführung einer Straßenbahn sei verwaltungsseitig nicht gewollt. Zudem sei es in diesem Zusammenhang häufig problematisch, Ratsbeschlüsse, die von der Verwaltung nicht gewollt seien, zur Umsetzung zu bringen. Man stehe vor erheblichen Investitionen in den Bereichen Kitas, Schulen sowie Gebäudesanierungen. Die Vorstellung, man könne zusätzlich erheblich in den ÖPNV investieren, sei unrealistisch. Durch die Bemühungen in der Vergangenheit habe man einen ÖPNV geschaffen, welcher für Personen, die auf ihn angewiesen wären, ausreichend sei. Man bewege allerdings kaum Menschen dazu, vom Auto umzusteigen.

Herr Ludwig merkt an, dass erhebliche Kosten auf die Stadt zukämen, wenn man beim ÖPNV nichts verändere. Das System werde an seine Kapazitätsgrenzen stoßen und jeder zusätzlich benötigte Bus werde Kosten verursachen, auf die man bewusst zusteuere. Man benötige für zukunftsweisende Entscheidungen ein entsprechendes Gutachten, welches seinerzeit einstimmig beschlossen worden sei. Es sei ein Prozess über zehn bis 15 Jahre zu erwarten, deshalb könne man nun nicht auf die Voraussetzung für die weitere Planung verzichten.

Frau Heuer führt aus, dass man bei Nichterstellung des Gutachtens kapituliere. Die Anzahl an Autos sowie der Parkdruck würden weiter steigen und die Probleme sich potenzieren. Man dürfe nicht kurzfristig denken, sondern müsse aufgrund der nachfolgenden Generationen über einen Horizont von mehr als 20 Jahren nachdenken. Die Investition von 160.000 € für das Gutachten müsse man vor dem Hintergrund abwägen, dass ein möglicher höherwertiger ÖPNV stark gefördert würde.

Herr Klepper unterstreicht, man entscheide sich mit der Abstimmung lediglich gegen das geplante Gutachten. Jedem müsse klar sein, dass Hagen ein höherwertiges ÖPNV-System brauche. Man könne die Verkehrswende nur bewerkstelligen, wenn die Menschen dazu bereit seien, ihre Mobilität und damit ihr Leben zu verändern. Dies geschehe nur

dann, wenn sie die Notwendigkeit der Nutzung des ÖPNV erfahren. Eine Straßenbahn werde es nicht geben, sinnvoll sei ein höherwertiges Bussystem. Die Kosten seien auch bei einer 90-prozentigen Förderung bei Summen im Milliardenbereich nicht zu stemmen. Nicht unwahrscheinlich sei zudem eine sich nur auf 60 Prozent belaufende Förderung, da ein Großteil des Verkehrs im öffentlichen Verkehrsraum ohne eigene Trasse geführt werden müsse.

Herr Ludwig erklärt, dass es unabhängig vom Verkehrsmittel eigener Fahrspuren sowie eines Gutachtens bedürfe. Insbesondere, um eine Förderung zu erhalten, sei dieses Gutachten elementar.

Herr Kahrau berichtet von seinen persönlichen Erfahrungen aus der Branche der Bahnzulieferer. Er begleite Kunden beim Neubau von Straßenbahnen und könne beobachten, wie sich die Städte entwickeln. Solche Projekte würden über Jahrzehnte aufgebaut und führten langfristig dazu, dass die Menschen die Straßenbahn favorisierten. Sie sei schneller und zuverlässiger als andere Verkehrsmittel und verbinde wichtige Achsen der Städte. Er hebt hervor, dass Herr König für die hinter dem Gutachten stehende Idee stehe und bereits für die Beauftragung gestimmt habe, nun aber nicht an die Umsetzung glaube. Das Gutachten würde aufzeigen, dass ein höherwertiger Verkehr in Hagen möglich sei. Die Gelegenheit dazu verbaue man sich durch die ablehnende Haltung.

Herr Ludwig möchte wissen, ob die bezüglich des Gutachtens für 2024 und 2025 eingesetzten Aufwendungen als investive Mittel zu sehen seien.

Herr Neuhäuser antwortet, derzeit seien Gutachten ohne konkrete Investition als konsumtive Aufwendungen zu betrachten. Unter Umständen ergebe sich aus der Änderung der KommHVO, dass Gutachten im Sinne allgemeiner Machbarkeitsstudien aktivierbar würden.

Herr König stellt den eingereichten Sachantrag bezüglich der Maßnahme 5000813 („Hundewiesen“) vor.

Frau Heuer wundere sich darüber, dass der Antrag im UKM gestellt werde. Die Bezirksvertretung Hohenlimburg habe bereits eine Hundewiese beschlossen, zwei weitere planten dies ebenfalls. Man könne nicht Hunde gegen Kinder aufwiegen und einem Fachbereich Mittel streichen, einem anderen hingegen zuschreiben.

Herr König entgegnet, die Bezirksvertretungen müssten bei Entscheidungen für die Einführung von Hundewiesen eigene Mittel bereitstellen. Er habe kein Verständnis dafür, dass 30.000 € für die Aktion Wildwasser gekürzt werden sollten, die Hundewiesen aber aus dem städtischen Gesamthaushalt bezahlt würden. Um eine Mehrheitsentscheidung herbeizuführen, streiche er den zweiten Satz des Sachantrags.

Herr Voigt weist auf einen Antrag der CDU-Fraktion hin, nach welchem die Mittel für die Aktion Wildwasser nicht zu streichen seien. Er stimme Frau Heuer zu, dass man die Mittel nicht untereinander aufrechnen könne. Er verweist auf die Ausführungen von Herrn Bihs in der Bezirksvertretung Nord hinsichtlich der Problematik bei der Errichtung von

Hundewiesen im Hagener Norden. Er könne sich vorstellen, dass dies auf das gesamte Hagener Gebiet zutreffe.

Herr Bihs entgegnet, es sei nicht die Aufgabe des WBH-Vorstandes eine solche Entscheidung zu treffen. Diese müsse die Politik wahrnehmen.

Frau Nabert-Mumm kündigt an, sie werde dem Antrag nicht zustimmen. Die Bezirksvertretungen hätten die Umsetzung bereits auf den Weg gebracht und man müsse die Bestrebungen, zumindest in einigen Bezirken Hundewiesen zu ermöglichen, unterstützen.

Herr König erinnert an die Aussage der Kämmerei, dass zusätzliche freiwillige Leistungen nur finanziert, wenn andere freiwillige Leistungen eingespart würden. Diese finde er in der Haushaltsplanung nicht. Daher sei es aufgrund der Dramatik der Situation logisch, die Mittel zu streichen.

Frau Knüppel weist darauf hin, dass Hundebesitzer Steuern in Höhe von 1.800.000 € im Jahr zahlten. Diese seien nicht zweckgebunden, man könne den Bürgern allerdings etwas zurückgeben und die Hundewiesen ermöglichen.

Herr Ludwig lässt über den geänderten Sachantrag abstimmen.

Herr Ludwig vergewissert sich, dass der Sachantrag der BfHo/Die Partei für den UKM zurückgezogen sei.

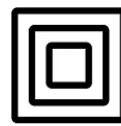
Frau Knüppel bestätigt dies und verweist auf den KWA.

Herr Ludwig erinnert an einen Ortstermin an der Bushaltestelle Nordstraße am 23.2.24 um 12 Uhr.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität empfiehlt dem Rat, den Doppelhaushalt 2024/2025 bezüglich der in der Anlage genannten Teilpläne **unter Berücksichtigung der folgenden Teil- und Ergänzungsbeschlüsse** zu beschließen.

Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB2	VB2	24_VB2.001	HVG Adventsverkehr	Die Zuschusszahlung an die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG) für den bisher angebotenen kostenlosen Adventsverkehr wird eingestellt.	1531



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

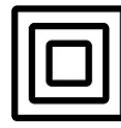
Dafür: 15
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

Vorstandsbereich	Amt/Fachbereich	Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB2	VB2	24_VB2.003	Abwicklung WBH	Mehrertrag durch eine höhere Ausschüttung des Wirtschaftsbetriebes Hagen. Aus dem HSK 2022 fließt die Maßnahme <u>22_VB2.001</u> ein.	1531

Abstimmungsergebnis:

Ohne Beschlussfassung

Vorstandsbereich	Amt/Fachbereich	Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

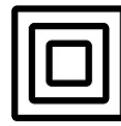
VB2	VB2	24_VB2.004	Abwicklung HVG-Konzern	Höhere anteilige ENERVIE Dividende an die HVG und dadurch Reduzierung des städtischen Zuschusses an die Hagener Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (HVG). Aus dem HSK 2022 fließt die Maßnahme 22_VB2.002 ein.	1531
-----	-----	-------------------	-----------------------------------	--	------

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

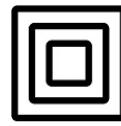
Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB4	32	24_32.001	Ertragssteigerung bei den Bußgeldern im Bereich Öffentl. Sicherheit, Verkehr, Bürger- dienste (Teilplan 0220)	Mehrerträge im Bereich der Bußgelder durch die Installation einer neuen Geschwindigkeitsmesssanlage an der Auffahrt zur A45 Hagen-Süd, Änderungen im Bußgeldkatalog (BKat-Novelle), neue Messtechnik bei der stationären Geschwindigkeits-überwachung und Anpassung der Bußgelder für Geldspielgeräte und Gaststätten. Aus dem Haushaltssicherungskonzept 2022 fließt die Maßnahme 22_32.001 ein.	0220

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB4	32	24_32.002	Ertragssteigerung bei den Verwal- tungsgebühren im Bereich Öffentl. Sicherheit, Verkehr, Bürgerdi- enste (Teilplan 0220)	Mehrerträge bei den Verwaltungs- gebühren durch Erweiterung der Bewohnerparkzonen, Einführung von Sondernutzungen für Schwer- transporte, Anpassung der Gebühren für verkehrsrechtliche Genehmigungen und Gebührenan- passungen im Standesamtswesen.	0220

Abstimmungsergebnis:

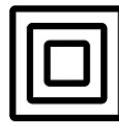
	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB4	69	24_69.001	Senkung der Impfkosten im Bereich Tier- und Verbraucherschutz	Minderaufwand im Bereich Tier- und Verbraucherschutz durch die eigenständige Durchführung von Impfungen der Tierheimtiere und dadurch Senkung der Impfkosten.	0223

Abstimmungsergebnis:

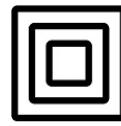
	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen.

Dafür: 16

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

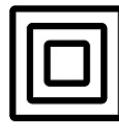
Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB4	69	24_69.002	Erhöhung der Bußgelder Abfall im Bereich Abfallwirtschaft und Bodenschutz	Mehrerträge im Bereich Abfallwirtschaft und Bodenschutz durch die Erhöhung der Bußgelder für Abfall.	1172

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

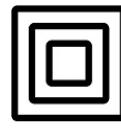
Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB4	69	24_69.003	Kürzungen von Er- satzvornahmen im Bereich Abfall- wirtschaft und Bo- denschutz	Einsparung bei den Aufwendungen im Bereich Abfallwirtschaft und Bo- denschutz bei den Mitteln für Er- satzvornahmen.	1172

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB4	69	24_69.004	Ertragssteigerung im Bereich Wasser- wirtschaft, Natur und Landschaft (Teilplan 1320)	Ertragssteigerung im Bereich Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft durch die Erhöhung der Bußgelder im Naturschutz und die Erhebung von Verwaltungsgebühren bei Ölunfällen.	1320

Abstimmungsergebnis:

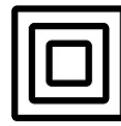
	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

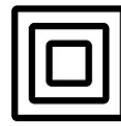
Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB4	69	24_69.005	Sachkosteneinsparung im Bereich Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft (Teilplan 1320)	Einsparungen im Bereich Wasserwirtschaft, Natur und Landschaft, z.B. durch Kürzungen bei den Ausgaben für Gewässerproben und bei den Ausgaben von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für den Gewässerwart.	1320

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv			1
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 2



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB4	69	24_69.006	Sachkosteneinsparung im Bereich Umwelt- und Immissionsschutz (Teilplan 1410)	Einsparung bei den Aufwendungen im Bereich Umwelt- und Immissionsschutz, indem der Umwelntag nicht mehr durchgeführt wird und die Nachhaltigkeitsstrategie nicht weiterentwickelt und umgesetzt wird.	1410

Abstimmungsergebnis:

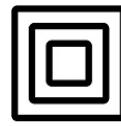
	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD	1		
Hagen Aktiv		1	
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI		1	
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 10

Dagegen: 5

Enthaltungen: 1



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

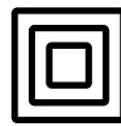
Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB4	69	24_69.007	Sachkosteneinsparung /Ertragssteigerung beim Umweltamt	Sachkosteneinsparung bzw. Ertragssteigerung beim Umweltamt. Die inhaltliche Ausgestaltung konkreter Maßnahmen erfolgt noch.	

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

Dafür: 15
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

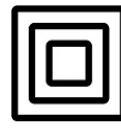
Vorstandsbereich	Amt/Fachbereich	Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB5	60	24_60.004	Sachkosteneinsparung im Bereich Öffentl. Infrastruktur (Teilplan 1210)	Sachkosteneinsparung im Bereich Öffentliche Infrastruktur bei den Prüfungs- und Beratungsleistungen für die Umsetzung eines Parkraummanagementkonzeptes und die Untersuchung Ebene 2 - Altenhagener Brücke. Des Weiteren Aufwandsreduzierungen bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens durch den Wirtschaftsbetrieb Hagen und Verringerung des Erneuerungsumfangs bei der öffentlichen Straßenbeleuchtung.	1210

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen			3
AfD	1		
Hagen Aktiv			1
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

Dafür: 11
Dagegen: 0
Enthaltungen: 5



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB5	60	24_60.005	Keine Durchführung der Restaurierung des Planetenmodells	Mit Vorlage 0547/2023 wurde die Sanierung des Planetenmodells Hagen am 02.11.2023 beschlossen. Durch Verzicht auf die Umsetzung wird der entsprechende Unterhaltsaufwand eingespart.	1210

Abstimmungsergebnis:

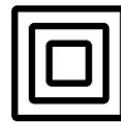
	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI		1	
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 14

Dagegen: 1

Enthaltungen: 1



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

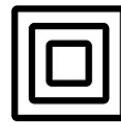
Vorstandsbereich	Amt/Fachbereich	Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB5	60	24_60.006	Sachkosteneinsparung im Bereich Öffentliches Grün (Teilplan 1310)	Sachkosteneinsparung im Bereich Öffentliches Grün bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung des Infrastrukturvermögens durch den Wirtschaftsbetrieb Hagen.	1310

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD	1		
Hagen Aktiv			1
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI		1	
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 10
Dagegen: 4
Enthaltungen: 2



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

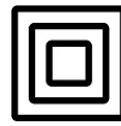
Vorstandsbereich	Amt/Fachbereich	Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB5	60	24_60.007	Ausbau ÖPNV	Mit den Beschlüssen 0222/2023 und 0222-1/2023 wurde die Beauftragung externer Gutachten für den Ausbau des lokalen ÖPNV-Netzes beschlossen. Durch Verzicht auf die Umsetzung wird der entsprechende Prüfungs-/Beratungsaufwand eingespart.	1270

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	1		3
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD	1		
Hagen Aktiv			1
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI		1	
FDP		1	
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 6
Dagegen: 5
Enthaltungen: 5



HAGEN

Stadt der FernUniversität

Der Oberbürgermeister

Vorstands- bereich	Amt/Fach- bereich	Maßnahmen- Nr.	Bezeichnung	Beschreibung	Teilplan
VB5	61	24_61.002	Sachkosteneinsparung im Bereich Raumplanungen (Teilplan 0910)	Einsparungen im Bereich Raumplanungen bei den Aufwendungen für Prüfung und Beratung, z.B. durch Streichung "Gutachten Wohnungsmarkt, Einzelhandelssteuerung, Zentrenentwicklung", Streichung "Strukturkonzept Wohnungsbestand, -rückbau", Streichung "Klimagerechte Stadtentwicklung (Projekte ISEK)", Streichung "Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie, hier: Themenfeld 6, Maßnahme 6.4.1.5 Plätze im Innenstadtbereich attraktivieren (Klimaoasen)" und Kürzung des Ansatzes bei der Bauleitplanung.	0910

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv			1
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI			1
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 3

Ergänzungsbeschluss:

Der UKM empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, den Haushaltsansatz zur Maßnahme 5000585 (Untere Fleyer Str.) zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen		3	
AfD			1
Hagen Aktiv			1
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI			1
FDP	1		
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 9
Dagegen: 3
Enthaltungen: 4

Ergänzungsbeschluss:

Der UKM beschließt, dass die in den kommenden Jahren vorgesehene Investitionssumme von 208.000 € nicht für die Errichtung von Hundewiesen vorgesehen wird.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		1
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD		1	
Hagen Aktiv		1	
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI		1	
FDP		1	
Die Linke			1
HAK	-	-	-

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 10
Dagegen: 4
Enthaltungen: 2

Ergänzungsbeschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die im Rahmen der Maßnahme 5000801 (ÖPNV (Lichtsignalanlagen)) des Haushaltsplans zu erstellende Prioritätenliste die Zustimmung des UKM einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	3		
AfD	1		
Hagen Aktiv	1		
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
HAK	-	-	-

Einstimmig beschlossen

Dafür: 16

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Hinweis: Über die als Anlage zur Verfügung stehenden Sachanträge „Sachkosteneinsparung im Bereich Umwelt- und Immissionsschutz“, „Ausbau ÖPNV“, „Sachkosteneinsparung im Bereich Öffentliches Grün“ sowie „Sanierung des Planetenmodells Hagen“ wurde nicht abgestimmt. Die Abstimmung erfolgte über die zugehörigen Konsolidierungsmaßnahmen; der Sachantrag „Sachkosteneinsparung im Bereich Umwelt- und Immissionsschutz“ wurde zurückgezogen.

- Anlage 1 24-02-07 Punkte für UKM 2. Lesung Haushalt
- Anlage 2 Beantwortung UKM_Fragenkatalog_SPD-Ratsfraktion
- Anlage 3 2024.02.21 UKM Sachantrag SPD - Hundewiesen
- Anlage 4 Sachantrag Planetenmodell UKM_BfHo
- Anlage 5 Sachantrag UKM 21.02.24_Haushaltsberatung_24_60.006
- Anlage 6 Sachantrag UKM 21.02.24_Haushaltsberatung_24_60.007
- Anlage 7 Sachantrag UKM 21.02.24_Haushaltsberatung_24_69.006



SPD-Ratsfraktion

Hagen im Februar 2024

Punkte für die Haushaltsplanberatungen im UKM am 21. 2. 2024

Rückstellungen

Ausweislich der Anlage 5 zum Jahresabschluss 2022 sind u. a. folgende Rückstellungen vorhanden:

Rückstellungsspiegel

Lfd. Nummer 281900 **Grünpflege** 626.099,26 €

Für welche Maßnahmen und mit welchen Beträgen ist diese Rückstellung vorgesehen?

Rückstellungsspiegel Straßen und Brücken

Diverse Ingenieurbauwerke 987.073,68 €

Für welche Maßnahmen und mit welchen Beträgen ist diese Rückstellung vorgesehen?

Diverse Brücken SpRK 8.200.000,-- €

Instandhaltung Brücken 9.187.073,68 €

Für welche Maßnahmen und mit welchen Beträgen sind diese Rückstellungen vorgesehen?

Veränderungen WBH

Sachkosteneinsparung im Bereich öffentliches Grün

Kürzung des Ansatzes Aufwendungen für die Unterhaltung der Infrastruktur Straßen / Beleuchtung

Hier haben wir schon in der UKM Sitzung am 6. 2. 24 gefordert, dass Vertreter der WBH die Auswirkungen dieser Maßnahmen darstellen.

Natur- und Landschaftspflege

Öffentliches Grün

5000813 Hundewiesen

Als Investition sind in den kommenden zwei Jahren 138.000,--€ plus Planansätze für die Jahre 2026 und 2027 von je 35.000,--€ vorgesehen.

Hier handelt es sich nach Auffassung der SPD-Ratsfraktion um eine zusätzliche freiwillige Leistung, die sowohl Abschreibungen (über welchen Zeitraum) und Unterhaltungskosten zur Folge haben wird.

Frage:

Welche Kosten sind in den Haushaltsjahren veranschlagt und wo und wie erfolgt die Kompensation?



5000814 Umgestaltung von Vegetationsflächen

Was ist konkret damit geplant und wie lässt sich der Zusammenhang mit der IGA begründen?

1.12 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV

Die Einnahmen für den Hagener Anteil an den Mautgebühren wurden in der Vergangenheit für welche Zwecke eingesetzt?

Die Einnahmen erhält zukünftig der WBH, welche Maßnahmen werden daraus finanziert und welche Auswirkungen hat dies auf die bisher von der Stadt daraus finanzierten Maßnahmen?

Vorrangsschaltung für Busse an Lichtsignalanlagen:

in der Sitzung des UKM hat die Verwaltung berichtet, dass aufgrund der Maßnahmen für die einzelnen Bezirke eine Prioritätenliste erstellt worden sei.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass diese Liste der Beschlussfassung des UKM bedarf. Der UKM hat auch die jeweiligen Maßnahmen der einzelnen Bezirke beschlossen, sodass auch die bezirksübergreifende Prioritätenliste der Zustimmung des UKM bedarf.

Verwendung ÖPNV-Pauschale:

Wie in der Sitzung geklärt werden konnte, soll im Gegensatz zur Vorlage daraus nicht der Umbau von Bushaltestellen finanziert werden.

Die SPD-Fraktion erbittet die Aufstellung über die Verwendung der Pauschale für das Jahr 2023 und die geplanten Maßnahmen für 2024.

Abfallgebühren

Durch die Einführung der Wertstofftonne ab dem Jahr 2025 wird die Abfallgebühr um mindestens 3.5 % steigen.

Welche zusätzlichen finanziellen Auswirkungen hat dies für die Stadt als Gebührenzahler für eigene Grundstücke? Ist dieser Aufwand im Entwurf des Haushaltes 24/25 berücksichtigt?

SPD-Ratsfraktion

Fragen und Anmerkungen zum Entwurf des Doppelhaushalts 2024/2025

Allgemein:

Frage 1: Rückstellungen– Lfd. Nummer 281900 Grünpflege 626.099,26 €

Für welche Maßnahmen und mit welchen Beträgen ist diese Rückstellung vorgesehen?

Antwort:

Die Rückstellung in Höhe von 1.080.432 € beinhaltet Leistungen des WBH zur Grünunterhaltung im Bereich von Gebäuden, Schulen, Kitas und unbebauten Grundstücken. Die Leistungen wurden in 2021 vom WBH erbracht, die Rechnungsstellung stand aber zum 31.12.2021 noch aus. In 2022 wurde aufgrund vorliegender Rechnungen die Rückstellung in Höhe von rd. 454.300 € aufgelöst. Der verbleibende Betrag wurde als Rückstellung 2022 fortgeschrieben und in 2023 ergebniswirksam aufgelöst.

Frage 2: Rückstellungen – diverse Ingenieurbauwerke 987.073,68 €

Für welche Maßnahmen und mit welchen Beträgen ist diese Rückstellung vorgesehen?

Antwort:

Diese Rückstellung beinhaltet 4 spannungsrißkorrosionsgefährdete Bauwerke:

- Fahrbahnübergänge Brücken Volmetalstraße 543,9 T€
- Brücke Fuhrparkstraße 23,6 T€
- Stützwand Unternahmer Straße 59,6 T€
- Talbrücke Helfe 360,0 T€

Frage 3: Rückstellungen – Instandhaltung Brücken 9.187.073,68 €

Antwort:

Diese Rückstellung setzt sich aus o.a. Betrag in Höhe von 987.073,68 € und einer Zuführung im Jahr 2022 in Höhe von 8.200.000 € für die Sanierung der Brücken Volmetalstraße zusammen.

Frage 4: Veränderungen WBH

Sachkosteneinsparung im Bereich öffentliches Grün

Kürzung des Ansatzes Aufwendungen für die Unterhaltung der Infrastruktur Straßen / Beleuchtung Hier haben wir schon in der UKM Sitzung am 6. 2. 24 gefordert, dass Vertreter der WBH die Auswirkungen dieser Maßnahmen darstellen.

Antwort:

Hierbei handelt es lediglich um eine Anpassung an den tatsächlichen Vorjahresbedarf, nachdem im Vorjahr die Position deutlich erhöht wurde und sich nun herausstellt, dass weniger Mittel benötigt werden.

Frage 5: Natur- und Landschaftspflege – 5000813 Hundewiesen

Als Investition sind in den kommenden zwei Jahren 138.000,-€ plus Planansätze für die Jahre 2026 und 2027 von je 35.000,-€ vorgesehen.

Hier handelt es sich nach Auffassung der SPD-Ratsfraktion um eine zusätzliche freiwillige Leistung, die sowohl Abschreibungen (über welchen Zeitraum) und Unterhaltungskosten zur Folge haben wird.

Frage:

Welche Kosten sind in den Haushaltsjahren veranschlagt und wo und wie erfolgt die Kompensation?

Antwort:

Bei Gesamtherstellungskosten in Höhe von rd. 55.000 € (Vorlage 0622/2023 - Hundewiese Eilpe/Dahl) beträgt die jährliche Abschreibung rd. 2.800 € über einen Zeitraum von 20 Jahren. Die jährlichen Unterhaltungskosten liegen bei rd. 11.000 €.

Die Planung einer Hundewiese erfolgte aufgrund eines Antrags der SPD-Fraktion Eilpe/Dahl und Beschluss durch die BV. Die Beschlussfassung der o.a. Vorlage soll am 27.02.2024 erfolgen.

Frage 6: Natur- und Landschaftspflege – 5000814 Umgestaltung von Vegetationsflächen

Was ist konkret damit geplant und wie lässt sich der Zusammenhang mit der IGA begründen?

Antwort:

Die IGA 2027 ist für die Metropole Ruhr ein sog. Dekaden-Projekt. Mit dem Thema "Parks und Gärten" möchte man im Jahr 2027 viele Besucher in die Metropolregion locken. Auch wenn die sog. "Zukunftsgärten", d.h. die eintrittspflichtigen Gartenschauflächen in Dortmund, Gelsenkirchen und Duisburg verortet sind, so spielt das nähere Umfeld dieser Städte und somit auch Hagen eine "Zubringer"-Funktion. Es ist wie bei anderen Groß-Events damit zu rechnen, dass die Übernachtungszahlen auch in Hagen entsprechend steigen werden. Besucher der IGA, die in Hagen Quartier nehmen werden, blicken mit einem versierten Auge auch auf die Grün- und Parkanlagen dieser Stadt, zumal neben dem Hohenhof auch der Stadtgarten und ggf. realisierte (Teil-)Bereiche des SeeParks in den Publikationen der IGA Metropole Ruhr beworben werden sollen.

Die Pflanzungen sind überaltert oder entsprechen in ihrer Pflanzenzusammensetzung nicht mehr den heutigen Anforderungen. Unter dem Gesichtspunkt der Besucherlenkung sollen strategische Grünflächen wie auch Straßenbegleitgrün in Vorbereitung für die IGA umgebaut werden. Dies erfolgt unter nachhaltigen Gesichtspunkten mit dauerhaften, standortgerechten und überwiegend heimischen Pflanzen. Anders als bei der sog. Wechselbepflanzung erfolgt dies nicht im Präsentationsjahr selbst, sondern sollte bis zu zwei Jahren im Vorlauf erfolgen, damit die Pflanzen an ihrem Standort 2027 gut angewachsen sind und ihre Kraft in Blatt und Blüte stecken können, um das Auge des Betrachters zu erfreuen.

Zu den genannten Flächen gehören prioritär Vegetationsflächen in Teilbereiche des Stadtgartens (z.B. Staudenfläche Lesegarten) als Präsentationsobjekt der Route der Parks und Gärten der IGA 2027, aber auch Flächen im Volkspark, im Volmepark, der Bahnhofstraße als Achse zwischen Hauptbahnhof und City incl. der Grünfläche an der Neumarktstraße, etc. Die Verwaltung und der WBH befindet sich noch in einem Abstimmungsprozess und werden über den Fortschritt und die (Zwischen-)Ergebnisse berichten. Die veranschlagten Mittel im Haushalt 2025 sind ein erster Aufschlag, die Planung sieht weitere Mittel für die Jahre 2026 und 2027 vor.

Frage 7: 1.12 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV – Mautgebühren

Die Einnahmen für den Hagener Anteil an den Mautgebühren wurden in der Vergangenheit für welche Zwecke eingesetzt?

Die Einnahmen erhält zukünftig der WBH, welche Maßnahmen werden daraus finanziert und welche Auswirkungen hat dies auf die bisher von der Stadt daraus finanzierten Maßnahmen?

Antwort:

Die Einnahmen der LKW-Maut sind für die Unterhaltung der, durch den LKW-Verkehr stark belasteten Bundesstraßen einzusetzen.

Die Erträge dienten im städtischen Haushalt zur Refinanzierung des entsprechenden WBH-Budgets, im Rahmen der Betrauung stehen die Einnahmen dem WBH zu und reduzieren den Zuschussbedarf gegenüber der Stadt Hagen.

Frage 8: 1.12 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV - Vorrangschaltung für Busse an Lichtsignalanlagen:

in der Sitzung des UKM hat die Verwaltung berichtet, dass aufgrund der Maßnahmen für die einzelnen Bezirke eine Prioritätenliste erstellt worden sei.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass diese Liste der Beschlussfassung des UKM bedarf. Der UKM hat auch die jeweiligen Maßnahmen der einzelnen Bezirke beschlossen, sodass auch die bezirksübergreifende Prioritätenliste der Zustimmung des UKM bedarf.

Antwort:

Die Listen wurden im UKM beschlossen (s. 0393/2022, 0859/2022, 1012/2022, 0065/2023, 0314/2023). Hier hat es jeweils eine Auflistung unter dem Punkt „LSA-Schaltungen“ gegeben. Wie in den Vorlagen beschrieben werden die genannten Maßnahmen zur Vorrangschaltung der Busse in den Jahren 24/ 25 umgesetzt. Eine gesonderte Prioritätenliste gibt es nicht. In welcher Reihenfolge die Anlagen sinnvoll umgerüstet werden muss noch geklärt werden. Zur Umsetzung fand bereits ein erstes Arbeitstreffen zwischen der Verwaltung, HST, WBH sowie der Signalbaufirma statt.

Frage 9: 1.12 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV - Verwendung ÖPNV-Pauschale:

Wie in der Sitzung geklärt werden konnte, soll im Gegensatz zur Vorlage daraus nicht der Umbau von Bushaltestellen finanziert werden.

Die SPD-Fraktion erbittet die Aufstellung über die Verwendung der Pauschale für das Jahr 2023 und die geplanten Maßnahmen für 2024.

Antwort:

Maßnahmen 2023:

- Taxibus für das Jahr 2023	1.215,36 €
- Gutachten Ausbau lokaler ÖPNV	6.664,00 €
- Wartehallen in Holthausen	29.447,13 €

Die Restmittel in Höhe von 100.672,92 € reduzieren den Zuschussbedarf der HVG.

Maßnahmen 2024:

Die Pauschale wird nicht im Voraus verplant, sondern für unterjährig anfallende kleinere Maßnahmen genutzt.

In 2024 steht aktuell folgendes in Aussicht

- Anbringung von zwei zusätzlichen Signalen für Busse

- Anbringung einer Wegweisung für die Mobilstation Hauptbahnhof
- Taxibus für das Jahr 2024

Frage 10: Abfallgebühren

Durch die Einführung der Wertstofftonne ab dem Jahr 2025 wird die Abfallgebühr um mindestens 3.5 % steigen.

Welche zusätzlichen finanziellen Auswirkungen hat dies für die Stadt als Gebührenzahler für eigene Grundstücke? Ist dieser Aufwand im Entwurf des Haushaltes 24/25 berücksichtigt?

Antwort:

Durch die Einführung der Wertstofftonne und die daraus resultierende Steigerung der Abfallgebühren um 3,5% entstehen Mehrkosten für städtische Grundstücke in Höhe von 32.725€. Diese Mehrkosten sind in der Mittelanmeldung des Fachbereiches 60 in den Grundbesitzabgaben für städtische Grundstücke nicht berücksichtigt.

G R E M I U M:	UKM
SITZUNG AM:	21. Februar 2024
T O P:	6.1.
D R U C K S - N R.:	0027/2024
BERATUNGSGEGENSTAND:	Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025

Beschlussvorschlag:

Der UKM beschließt, dass die in den kommenden Jahren vorgesehene Investitionssumme von 208 000 € **nicht** für die Errichtung von Hundewiesen vorgesehen wird. Die Mittel sollen zusätzlich für die Ausstattung von Kinderspielplätzen zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Bei der geplanten Maßnahme handelt es sich um eine neue freiwillige Leistung der Stadt. Neben den Abschreibungen auf die Investitionssumme von 208 000 € entstehen für den Betrieb / Unterhalt der geplanten Hundewiesen für die laufenden Jahre Aufwendungen, die angesichts der Haushaltslage nicht vertretbar sind.

Nach der Vorlage der Verwaltung für die BV Hohenlimburg entstehen für den vorgesehenen Standort allein 7 400 € Unterhaltungskosten jährlich.

Die Ausstattung der Kinderspielplätze ist in den letzten Jahren zwar schon verbessert worden, dennoch besteht hier aus Sicht der SPD-Ratsfraktion weiterer Handlungsbedarf. Dieser kann durch den genannten Betrag teilweise realisiert werden.

Mit freundlichem Gruß



Werner König

SPD-Ratsfraktion

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226



BfHo
Die PARTEI



**Herrn Rüdiger Ludwig
Vorsitzender des Ausschusses
für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität
Im Hause**

Hohenlimburg/Hagen, den 21. Februar 2024

Sehr geehrter Herr Ludwig,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Sachantrag gemäß § 16 (1,2) der Geschäftsordnung zum Tagesordnungspunkt „Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2024/2025“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität am Mittwoch, 21. Februar 2024, zu setzen:

Sanierung des Planetenmodells Hagen

Beschlussvorschlag: Der Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität lehnt die HSK-Maßnahme 24_60.005 „Keine Durchführung der Restaurierung des Planetenmodells“ ab und beschließt stattdessen die Sanierung des Planetenmodells Hagen anhand der im Kultur- und Weiterbildungsausschuss vorgestellten Methode. Die dafür notwendigen Kosten sind im Haushaltsplan für das Jahr 2024 zu berücksichtigen. Der Wirtschaftsbetrieb Hagen (WBH) setzt die Maßnahme zeitnah um.

Begründung: Das Planetenmodell Hagen, das in den 1960er und 1970er Jahren als weltweit erstes begehbares Modell unseres Planetensystems entstand, genießt überregional großes Ansehen: So kam das Westfälische Denkmalamt in Münster bereits 2013 zu dem Schluss, dass die maßstabsgetreue und in dieser Form weltweit einzigartige Darstellung des Sonnensystems ein Baudenkmal darstelle und verfügte daher die Eintragung in die Denkmalliste.

Nachdem sowohl der Haupt- und Finanzausschuss (19. Oktober 2023) als auch der Kultur- und Weiterbildungsausschuss (24. Oktober 2023) sowie der Rat der Stadt Hagen (2. November 2023) die Sanierung des Planetenmodells einstimmig beschlossen hatten, soll laut Haushaltsplanentwurf 2024/2025 trotz dieser eindeutigen Voten auf eine Sanierung verzichtet werden.

Ein solcher Umgang mit einem städtischen Alleinstellungsmerkmal ist nicht nur aus kulturhistorischer, sondern auch aus juristischer Sicht nicht nachvollziehbar, wie die Stadt Hagen auf ihrer Homepage selbst verdeutlicht: „Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte werden verpflichtet, dieses Denkmal instand zu halten, instand zu setzen, sachgemäß zu behandeln und vor Gefährdung zu schützen (§ 7 DSchG NRW). Baudenkmäler und ortsfeste Bodendenkmäler sind dann so zu nutzen, dass die Erhaltung der Substanz auf Dauer gewährleistet ist (§ 8 DSchG NRW).“

Zudem erläuterte Herr Spannaus (Fachleiter Straßenbetrieb WBH), der sich nach eigener Aussage seit über zehn Jahren mit dem Planetenmodell beschäftigt, in der KWA-Sitzung vom 24. Oktober 2023, „dass die Platten, die sich im Verkehrsraum befänden, bei einer Nichtbeschichtung dort herausgenommen werden müssten. Auch dieses würde enorme Kosten verursachen.“ Warum diese Aussage laut Mitteilung des WBH vom 2. Februar 2024 plötzlich nicht mehr richtig sein soll, erscheint wenig plausibel.

Um das Planetenmodell für die Öffentlichkeit zu erhalten, den gesetzlichen Vorgaben des Denkmalschutzes gerecht zu werden und mögliche Unfälle auf den nicht sanierten Platten zu vermeiden, muss das Modell in der unter anderem vom Kultur- und Weiterbildungsausschuss beschlossenen Art und Weise restauriert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Laura V. Knüppel
Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI



An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität

Rüdiger Ludwig

- Im Hause -

20.02.2024

Antrag für die Sitzung des UKM am 21.02.2024 zum Tagesordnungspunkt

6.1 Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2024/2025

Sehr geehrter Herr Ludwig,

wir bitten gem. §16 GeschO, um Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung des Ausschusses für Klima-, Umweltschutz und Mobilität am 21.02.2024.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Klima-, Umweltschutz und Mobilität lehnt die HSK-Maßnahme 24_60.006 „*Sachkosteneinsparung im Bereich Öffentliches Grün (Teilplan 1310)*“ ab und empfiehlt dem Rat dies ebenfalls zu tun.

Begründung

In diversen Vorgesprächen wurde deutlich, dass eine Einsparung an dieser Stelle auch zu einer sinkenden Qualität im Bereich der Pflege der Grünflächen führen würde. Einer Verschlechterung der Qualität im Bereich der Pflege der öffentlichen Grünflächen ist auf jeden Fall zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen

Paul Kahrau
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität

Rüdiger Ludwig

- Im Hause -

20.02.2024

Antrag für die Sitzung des UKM am 21.02.2024 zum Tagesordnungspunkt

6.1 Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2024/2025

Sehr geehrter Herr Ludwig,

wir bitten gem. §16 GeschO, um Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung des Ausschusses für Klima-, Umweltschutz und Mobilität am 21.02.2024.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Klima-, Umweltschutz und Mobilität lehnt die HSK-Maßnahme 24_60.007 „Ausbau ÖPNV“ ab und empfiehlt dem Rat dies ebenfalls zu tun.

Begründung

Vom Verkehr gehen erhebliche Belastungen für die Umwelt und Gefahren für die menschliche Gesundheit aus. Gleichzeitig ist Mobilität aber auch zentrale Voraussetzung für die wirtschaftliche, aber auch gesellschaftliche Teilhabe. Grundlegendes Ziel einer modernen Verkehrs- und Umweltpolitik muss es daher sein, die gesellschaftlich notwendige Mobilität möglichst umweltverträglich zu gestalten. 2018 wurde der Masterplan „Nachhaltige und emissionsfreie Mobilität für die Stadt Hagen“ beschlossen, darin enthalten ist auch Anspruch bis 2035 den Modal Split erheblich in Richtung des Umweltverbundes zu verschieben. Ein entscheidender Baustein ist hier die Weiterentwicklung des ÖPNV in Hagen. Aus diesem Grund wurde nach intensiver politischer Diskussion im Jahr 2023 ein weiteres vergleichendes ÖPNV-Gutachten beschlossen, verwaltungsseitig wurde darauf hingewiesen, dass eine Finanzierung aus Haushaltssmitteln erfolgen kann. Im Zuge der beschriebenen Herausforderungen und Ziele erscheint es nun nicht sinnvoll diesen Schritt in Richtung nachhaltiger Verkehrswende auf einen unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft zu verschieben. Diese Maßnahme im HSK ist somit abzulehnen.

Mit freundlichen Grüßen

Paul Kahrau
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität

Rüdiger Ludwig

- Im Hause -

20.02.2024

Antrag für die Sitzung des UKM am 21.02.2024 zum Tagesordnungspunkt

6.1 Beratung des Haushaltsplänenentwurfes 2024/2025

Sehr geehrter Herr Ludwig,

wir bitten gem. §16 GeschO, um Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung des Ausschusses für Klima-, Umweltschutz und Mobilität am 21.02.2024.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Klima-, Umweltschutz und Mobilität lehnt die HSK-Maßnahme 24_69.006 „*Sachkosteneinsparung im Bereich Umwelt- und Immissionsschutz (Teilplan 1410)*“ ab und empfiehlt dem Rat dies ebenfalls zu tun.

Begründung

Die Klimakrise gehört weiterhin zu den existenzbedrohenden Krisen unserer Zeit. Im zuletzt veröffentlichten ARD-Deutschlandtrend vom 01.02.2024 gaben 61% Prozent der Befragten an darüber besorgt zu sein, dass der Klimawandel unsere Lebensgrundlage zerstört. Das war der höchste Wert aller abgefragten Optionen. Die Themen Nachhaltigkeit und Klima- und Umweltschutz sind gesellschaftlich hoch relevant. Vor diesem Hintergrund, die Einstellung der Nachhaltigkeitsstrategie und insbesondere auch des Umwelttages, als niedrigschwelliges Informationsangebot zu beschließen erscheint in hohem Maße kontraproduktiv.

Mit freundlichen Grüßen

Paul Kahrau
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN